



## Antrag der FDP-Kreistagsfraktion um Absenkung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte

<b>VO/2023/232-02</b>	<b>Fraktionsantrag</b>
öffentlich	Datum: 18.09.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in: Fiedler, Nina
	Bearbeiter/in: Malthe Riksted

<i>Datum</i>	<i>Gremium (Zuständigkeit)</i>	<i>Ö / N</i>
18.09.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

### **Begründung der Nichtöffentlichkeit**

### **Beschlussvorschlag**

Der Kreistag beschließt, die Kreisumlage um 2 Prozentpunkte auf 27% künftig zum und ab dem 01.01.2024 zu senken.

### **Sachverhalt**

Der Beschlussvorschlag wurde mit Schreiben der FDP-Fraktion an das Kreistagsbüro vom 13.09.2023 geändert. Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

### **Relevanz für den Klimaschutz**

entfällt

### **Finanzielle Auswirkungen**

### **Anlage/n:**

1	FDP-Antrag Senkung Kreisumlage
---	--------------------------------

FDP-Kreistagsfraktion Kreishaus  
24768 Rendsburg

Tel.: 04331 / 202-359

Fax: 04331 / 202-563

Frau Kreispräsidentin Sabine Mues

Kreishaus

26. Juni 2023

Die FDP- Fraktion beantragt für den kommenden Kreistag:

**Die aktuelle Kreisumlage von derzeit 29 % um 2 % auf 27 % abzusenken  
und zwar rückwirkend ab dem 01.01.2023.**

Wir bitten den Landrat einen Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2023 mit einer rückwirkend zum 01.01.2023 um zwei Prozentpunkte auf 27 % gesenkten Kreisumlage vorzulegen.

Begründung:

Die FDP-Fraktion beantragt für die kommende Kreistagssitzung eine Senkung der Kreisumlage von derzeit 29 % auf 27 %, rückwirkend ab dem 01.01.2023. Nach der erfolgreichen Sanierung des Kreishaushaltes und dem Abbau der Schulden hatte der Kreis mit Antrag vom 01.10.2020 (Rückwirkend zum 01.01.2020) die Senkung der Kreisumlage von damals 31 % um 2 Prozentpunkte auf 29 % beantragt. Begründet wurde der Antrag damals damit, dass der Kreis die Kommunen in der Corona-Krise unterstützen will.

Das Thema Corona ist inzwischen weitgehend erledigt. Heute stellen sich den Gemeinden noch viel größere Herausforderungen.

Der Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine hat dafür gesorgt, dass die Energiepreise in die Höhe geschossen sind und dass sowohl die Preise für Strom als auch Gas etc. förmlich explodiert sind. Die Gemeinden müssen hier deutlich mehr Geld beispielsweise für die Energieversorgung der Kitas, Schulen und Verwaltungsgebäude aufwenden als noch vor einem Jahr.

Weiter hat der Krieg dafür gesorgt, dass viele Geflüchtete aus der Ukraine zu uns gekommen sind, die untergebracht und versorgt werden müssen. Auch hier sind die Kommunen in die Pflicht genommen worden und müssen für Wohnraum sorgen, was bei einer ohnehin sehr angespannten

Wohnungssituation besonders schwierig ist. Die entstandenen Kosten dafür müssen die Gemeinden zumindest teilweise auffangen.

Auch die Geflüchteten aus den anderen Ländern dieser Welt, die im Kreis Rendsburg-Eckernförde gelandet sind, müssen untergebracht und versorgt werden, gleich ob eine Bleibeperspektive vorhanden ist oder nicht. Die Gemeinden sind in der Pflicht Wohnraum zu stellen, Integration zu fördern und Kita-/Schulplätze für die Kinder der Geflüchteten zu organisieren, zur Verfügung zu stellen und zu betreiben.

Dies alles kostet viel Geld.

Die Inflation trifft nicht nur den Bürger an sich, sondern auch die Dörfer, die Städte, die Ämter. Auch hier stehen wir gemeinschaftlich vor einem großen Problem.

Letztlich sorgt auch das kommende neue Heizungsgesetz – egal in welcher Form dies auch immer verabschiedet werden wird - dafür, dass die Kommunen sich für die Zukunft aufstellen, planen und Gesetzesänderungen auch umsetzen müssen. Auch dies wird viel Geld kosten. Wärmenetze, Solar, Windenergie, sonstige erneuerbare Energien, Umrüstung von öffentlichen Gebäuden,... Hier werden in den kommenden Jahren große finanzielle Herausforderungen gerade bei den kleinen Kommunen erwartet. Auch wenn eine Neustrukturierung noch nicht in den kommen Jahren umgesetzt werden muss, geplant werden muss hier deutlich früher, und auch Planung kostet Geld.

Ein weiterer nicht unerheblicher Punkt – gerade in den kleineren Gemeinden - ist die Erhöhung der Gehälter im öffentliche Dienst und der an die Mitarbeiter zusätzlich zu zahlende Inflationsausgleich.

Um als Kommunen gut durch diese aktuellen und auch künftigen Herausforderungen zu kommen, ist es erforderlich die Kommunen mit der Senkung der Kreisumlage zu unterstützen.

Der Kreis hat gut gehaushaltet und hat die Möglichkeit die Kommunen hier besser zu unterstützen.

Auch der Kreis hat gerade große Herausforderungen zu meistern, denn auch die oben genannten Punkte treffen auch den Kreis an sich. Schulen, Öffentliche Gebäude etc. Aber trotz allen steht der Kreis finanziell deutlich besser da als so manche kleine Gemeinde im Kreisgebiet.

Notfalls müssen hier eben freiwillige Aufgaben des Kreises gestrichen oder Mittel hierfür gekürzt werden.

Ein großer Kostenfaktor der letzten Jahre – nämlich die Inland-Kliniken – müssen in der künftigen Haushaltplanung nicht mehr berücksichtigt werden. Das entlastet den Kreishaushalt erheblich.

Wir sind verpflichtet den Gemeinden die Möglichkeit zu bieten mehr Geld für ihre eigenen Aufgaben zu lassen. Die Gemeinden und Städte wissen am besten, wofür sie das Geld verwenden. Wir sind der Meinung, dass eine beständige Kreisumlage wichtig für die Planungssicherheit der Kommunen ist und bitte daher darum die Kreisumlage für zumindest die Jahre 2023 bis 2025 festzusetzen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass auch die ersten Amtsverwaltungen beschlossen haben die Amtsumlage zu erhöhen, da auch die Ämter die finanziellen Herausforderungen nicht mehr ohne weiteres bewältigen können. Das bedeutet für die Gemeinden, dass sie auch hier noch größere Ausgaben haben werden.

Tina Schuster

FDP-Fraktion